Evangelischer Pressedienst
epd

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de 14. März 2009 20

INHALT

Plötzlich stimmt alles
Aus der Jury des 58. Hörspielpreises der Kriegsblinden / *Von Diemut Roether* 3

Die Wacht an der Seine
20 Jahre französischer Medienrat CSA - Zukunft ungewiss / *Von Victor Henle* 5

Inland
Kuhn: „Berlusconisierung des ZDF" muss verhindert werden 8
Bayern droht Niederlage im Streit mit „Zeitungszeugen" 9
ProSiebenSat.1 einigt sich mit Betriebsrat 9
Stadelmaier: ARD und ZDF Werbung schrittweise entziehen 10
BW-Medienminister fordert neues Medienkonzentrationsrecht 11
SPD-Politiker Tauss räumt Besitz von Kinderpornos ein 11
Axel Springer erwartet nach Rekordergebnis schwieriges Jahr 12
WDR wird Passagen aus Sparkassen-Doku nicht wiederholen 12
Bertelsmann-Chef: Personalabbau bei G+J war notwendig 13
G+J irritiert über Grosso-Pressemitteilung 14
Weitere Inlandsmeldungen ab Seite 14

Ausland
RTL Group steigert Umsatz auf 5,8 Milliarden Euro 18
Österreich: „Die Presse" will mit Sonntagsausgabe der Krise trotzen 18
ORF fährt Verlust von 79 Millionen Euro ein 19
Spanien: Regierung lockert Fernseh-Konzentrationsregeln 19
Umstrittener polnischer TV-Chef bleibt vorläufig im Amt 20

Kritik
„Liebe macht sexy" von Michael Rowitz, Urs Remond (Sat.1) 20
„. . . und plötzlich war mein Haus weg" von Eva Müller, Norbert Dohn (ARD/WDR) 21
„Kommissar LaBréa" von Sigi Rothemund, Alexandra von Grote (ARD/Degeto) 22
„Klappersteine" von Klaus Buhlert, Antje Rávic Strubel (Deutschlandfunk) 23

Dokumentation
Hans Demmel (n-tv) über Kirche im Fernsehen 24

genannte Outplacement-Prämie von 17.000 Euro. Auf diese werden jedoch jene 10.000 Euro „Schnellläuferprämie" angerechnet, die Mitarbeiter erhalten hatten, die sich schon bis zum 31. Januar für oder gegen einen Umzug entschieden hatten.

Der Unternehmensvorstand stimmte außerdem zu, insgesamt 800.000 Euro für all jene Beschäftigten zu zahlen, die bis zu ihrem Ausscheiden im Sommer durcharbeiten und so den Sendebetrieb aus Berlin aufrechterhalten. Sollte es in den Berliner Firmen Maz&more und PSP bis Ende 2010 zu betriebsbedingten Kündigungen kommen, können die betroffenen Mitarbeiter die Leistungen des Sozialplans ebenfalls in Anspruch nehmen.

Betriebsrat Podkalicki lobte das Engagement der Sat.1-Mitarbeiter. Durch Aktionen wie den Streik im Januar (epd 6/09) hätten sie ihren Betriebsräten den Rücken gestärkt. Auch ProSiebenSat.1-Sprecher Julian Geist wertete die Einigung als „großen Erfolg". Beide Seiten hätten sich in den Gesprächen bewegt und so vermieden, dass sich die Verhandlungen festfahren. Dies müsse man dem Betriebsrat „hoch anerkennen".

Der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken sprach den Beschäftigten seine Anerkennung aus, wiederholte aber seine grundsätzliche Kritik an der Umstrukturierung: „Es darf bezweifelt werden, dass der Personalabbau in Berlin wirklich nötig ist, um ProSiebenSat.1 wieder in die Gewinnzone zu bringen", sagte Konken am 12. März. Der von den Finanzinvestoren KKR und Permira getragene ProSiebenSat.1-Konzern hat 2008 einen Verlust von 129 Millionen Euro verbucht (epd 18/09) und ringt mit einer Nettoverschuldung von 3,4 Milliarden Euro aus dem Kauf der SBS Broadcasting Group. Den Umzug der Berliner Mitarbeiter hatte er im November bekanntgegeben (epd 91/08). *gaj*

Stadelmaier: ARD und ZDF Werbung schrittweise entziehen

Boudgoust für mehr Selbstregulierung - VPRT gegen Werbeverbot für Alkohol vor 20 Uhr

Berlin (epd). **Der Leiter der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, Martin Stadelmaier (SPD), hat sich für die schrittweise Einführung eines Werbeverbots bei ARD und ZDF ausgesprochen.**

Das Sportprogramm solle von einem Werbeverbot bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern aber ausgenommen werden, sagte der Medienpolitiker am 11. März auf einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten in Berlin.

Anlässlich der Tagung erneuerte auch der Chef des Privatsenderverbandes VPRT, Jürgen Doetz, seine Forderung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk frei von Werbung zu halten. ARD und ZDF seien nicht auf Werbung angewiesen, sagte er.

Der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, Wolf-Dieter Ring, kritisierte, dass „in 25 Jahren der Diskussion über die Werbefreiheit von ARD und ZDF bisher nichts passiert ist - nicht einmal ein Verbot von Sponsoring". Er bemängelte, dass bei der Überlegung, im gebührenfinanzierten Fernsehen auf Werbung zu verzichten, stets die Forderung nach einer Gebührenerhöhung aufkomme. „Wir könnten uns doch mal fragen, was von der Werbung eigentlich im Programm ankommt", sagte Ring.

Der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust, der Intendant des SWR ist, forderte hingegen eine stärkere Selbstregulierung des Rundfunks. Dazu gehöre auch, „nicht gleich Werbeverbote für das öffentlich-rechtliche Fernsehen" aufzustellen. „Nicht alles, was uns schadet, nützt den Privaten", gab Boudgoust zu bedenken.

VPRT-Präsident Doetz kritisierte zudem die Überlegungen zu einem Verbot für Alkoholwerbung im Fernsehen in der Zeit vor 20 Uhr. Die private Medienwirtschaft brauche „keinen Rettungsschirm, wohl aber eine liberale und kongruente Medienordnung". Die Privatsender könnten nicht akzeptieren, „dass die Bundesrepublik auf der einen Seite Gelder in Milliardenhöhe an notleidende Wirtschaftsbereiche verteilt und auf der anderen Seite Innovations- und Wachstumschancen durch unverhältnismäßige Regulierung zunichte gemacht werden".

Boudgoust bezeichnete die Werbezeitbeschränkungen für die Privatsender als entbehrlich. „RTL ist gerade 25 geworden. Da ist man schon aus der Pubertät raus", sagte er. Weniger Regulierung sorge oft für eine stärkere Selbstregulierung des Marktes. Boudgoust: „In anderen Ländern wird einfach gesendet. Das müssen wir in Deutschland erst noch lernen." *dan*

BW-Medienminister fordert neues Medienkonzentrationsrecht

Reinhart: Internetreichweiten berücksichtigen - RTL: Internetabrufe haben zugenommen

Berlin (epd). **Der baden-württembergische Medienminister Wolfgang Reinhart (CDU) hat ein neues Gesetz zur Medienkonzentration gefordert. „Die derzeitigen Ausgangsprämissen tragen nicht mehr vorbehaltlos. Sie müssen deshalb überarbeitet werden", sagte der Minister am 11. März auf einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten zu den Überlebensstrategien für das private Fernsehen.**

Reinhart wünschte sich, bei der Prüfung, ob Medienunternehmen fusionieren oder übernommen werden dürfen, nicht nur wie bisher die Einschaltquote oder Auflage zu berücksichtigen, sondern künftig auch die Reichweite der Medien im Internet einzubeziehen. „Das Medienkonzentrationsrecht muss transparenter und damit voraussehbarer werden", sagte der CDU-Politiker.

Der Geschäftsführer von RTL-Interactive, Marc Schröder, sagte, seine Sendergruppe verzeichne bereits erhebliche Abrufe ihrer Programme im Internet. Allein auf den Seiten von RTL würden monatlich zwischen elf und zwölf Millionen Videos abgerufen. „Das ist inzwischen eine signifikante Größenordnung", sagte Schröder. Die Abrufe von Beiträgen und Sendungen im Internet werden derzeit nicht bei den von der GfK erhobenen Fernseh-Einschaltquoten berücksichtigt. *dan*

SPD-Politiker Tauss räumt Besitz von Kinderpornos ein

„Ich habe Mist gebaut" - Kritik an Staatsanwaltschaft

Karlsruhe (epd). **Der SPD-Medienpolitiker Jörg Tauss, gegen den zurzeit wegen des Verdachts auf Kinderpornografie ermittelt wird, hat Fehlverhalten eingeräumt, sieht sich aber „nicht schuldig im Sinne der Anklage". Er glaube, als Abgeordneter strafrechtlich zulässig recherchiert zu haben, sei sich aber bewusst, dass sein Vorgehen ihm und seinem politischen Anliegen „mehr geschadet als genutzt" habe, erklärte Tauss am 11. März in Karlsruhe.**

Tauss erläuterte ausführlich die Motive und Vorgänge, die zu seinem Besitz von kinderpornografischem Material geführt hätten. Es sei ihm in erster Linie darum gegangen, einen Beleg für seine These zu finden, dass die Verbreitung von Kinderpornografie mit Hilfe des Internets durch andere Verbreitungsformen verdrängt werde. Daher habe er auf verschiedenen Wegen, unter anderem per MMS, Verbindungen mit der „Szene" aufgebaut und dabei aus Glaubwürdigkeitsgründen auch selbst Material angeboten. Als ihm ein Kontakt in Aussicht gestellt hatte, ihn zu einer „Produktionsstätte" führen zu können, habe Tauss die Chance gesehen, „einen dieser ominösen ‚Kinderpornoringe' aufdecken und anzeigen zu können".

Bei dem Kontakt, der sich Tauss als „Kielburger" zu erkennen gab, handele es sich möglicherweise, so vermutet Tauss, um den Mann aus Bremerhaven, bei dem die Ermittler die Handynummer des Politikers gefunden hatten. Tauss erklärte weiter, er habe 100 Euro bezahlt, um Kontakte zur „Produktionsstätte" zu bekommen. Nachdem „Kielburger" aber behauptet hatte, er habe kein Geld bekommen, habe Tauss den Kontakt nicht weiter verfolgt, das Material seiner Recherche in einen Koffer gepackt und keine weiteren Recherchen mehr gestartet.

„Ich habe Mist gebaut", sagte Tauss. Er könne im Rückblick sagen, dass er seine Recherchen nicht ohne juristische Beratung und rechtliche Absicherung hätte machen sollen. Daher sei eine parlamentsrechtliche Klärung der Grenzen der ungehinderten Mandatsausübung für die Zukunft dringend erforderlich.

Der Karlsruher Staatsanwaltschaft warf der SPD-Politiker vor, ihm bisher noch nicht die Möglichkeit gegeben zu haben, sich zu den Vorwürfen im Detail zu äußern. Tauss war am 11. März erstmals vernommen worden. Eine erneute Vernehmung solle in „sehr naher Zukunft" stattfinden, sagte Oberstaatsanwalt Rüdiger Rehring dem epd.

Tauss erklärte, die Staatsanwaltschaft befeuere mit ihren Äußerungen die Fantasie der Öffentlichkeit und trage zu „entsprechend ausgeschmückten" Berichten bei. Die Informationspolitik der Strafverfolger widerspreche „nicht nur nach meinem Eindruck als Betroffener einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren". Die Staatsanwaltschaft wies die Vorwürfe einer Vorverurteilung zurück. Man habe alles unternommen, um Aufsehen zu vermeiden, und dabei Persönlichkeitsschutz und Öffentlichkeitsinteresse immer gegeneinander abgewogen. Tauss' Rechtfertigung des Besitzes von kinderpornografischem Material mit seiner Abgeordnetentätigkeit widerspreche den bisherigen Ermittlungen. Der Verdacht des strafbaren Besitzes habe sich im Gegenteil weiter verdichtet.

Tauss war Generalsekretär der baden-württembergischen SPD und Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Bil-

hen. Dies sei das deutlichste Warnzeichen für drohende Gewaltausbrüche und könne von den Lehrern allein nicht ausreichend erkannt werden, sagte Heuser in Phoenix. *lili*

Landesmedienanstalten sorgen sich um Zukunft der Privatsender

Langheinrich befürchtet Schieflage - DLM warnt vor Kürzung der Programmqualität

Berlin (epd). **Die deutschen Landesmedienanstalten sorgen sich um die Zukunft der privaten Fernsehsender. „In Zeiten der Krise droht der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker zu werden als die Privaten", sagte der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), Thomas Langheinrich, am 11. März auf einem DLM-Symposium zu den Überlebensstrategien für das private Fernsehen.**

Langheinrich mahnte: „Das duale System droht in eine enorme Schieflage zu rutschen." Er warnte die privaten Medienkonzerne gleichzeitig davor, vorsätzlich die Programmqualität zu kürzen: „Auch die privaten Sender müssen einen publizistischen Mehrwert liefern. Ich rate deshalb dazu, im Sinne eines Vollprogramms nicht an den Inhalten zu sparen."

Der DLM-Vorsitzende sagte weiter, die Krise könne auch „ein Katalysator" sein. Um aus der Krise gestärkt hervorzugehen, müssten die Sender aber in der Lage sein, mehr Geld in neue Technologien wie die Verbreitung von TV-Inhalten über das Internet zu investieren. „Die Herausforderungen, die die Konvergenz an die Sender stellt, verlangen Investitionen", sagte Langheinrich. *dan*

Wolfgang Büchner wird neuer Chefredakteur von dpa

Bisher Chef von „Spiegel Online" - Amtsantritt spätestens Anfang 2010

Hamburg (epd). **Wolfgang Büchner (42) wird neuer Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur (dpa).**

Wie die Nachrichtenagentur am 10. März mitteilte, bestellte der Aufsichtsrat Büchner zum Nachfolger von Wilm Herlyn (64), der nach 19 Jahren an der Spitze von dpa zum Jahresende altersbedingt ausscheidet. Büchner ist seit Mai 2008 Chefredakteur von „Spiegel Online".

Spätestens Anfang 2010 soll Büchner sein Amt bei dpa antreten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Karlheinz Röthemeier, sagte, Büchner sei nicht nur ein „äußerst versierter und erfahrener Journalist", sondern auch „ein profunder Kenner der neuen, digitalen Medienwelt". Mit ihm werde es gelingen, „die Herausforderungen, die sich aus der bevorstehenden Konvergenz der Medien ergeben, erfolgreich und zum Wohl der Kunden der dpa zu meistern".

Büchner begann seine journalistische Laufbahn als freier Mitarbeiter bei der „Speyerer Tagespost". Nach dem Studium der Politikwissenschaft arbeitete er acht Jahre für die Nachrichtenagenturen Associated Press und Reuters, bevor er 1999 nach Hamburg wechselte, um als Chef vom Dienst die „Financial Times Deutschland" mit aufzubauen. Seit 2001 ist er bei „Spiegel Online". Im Mai 2008 übernahm er dort gemeinsam mit Rüdiger Ditz die Chefredaktion. *dir*

Jauch gewinnt Rechtsstreit gegen „Super Illu" beim BGH

Blatt muss wegen unerlaubtem Foto-Abdruck Schadenersatz zahlen

Karlsruhe (epd). **Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Persönlichkeitsrechte von Prominenten in den Medien gestärkt. Nach einem am 11. März in Karlsruhe verkündeten Urteil darf die Presse zwar Bilder von Personen der Zeitgeschichte auch ohne deren Erlaubnis abdrucken, wenn das Bild und die begleitende Berichterstattung einen angemessenen Informationswert haben. Bei einem geringen Informationsgehalt sei aber das Persönlichkeitsrecht von zeitgeschichtlichen Personen höher zu bewerten als die Pressefreiheit, urteilte der I. Zivilrechtssenat des BGH. (Az.: I ZR 8/07)**

In dem verhandelten Rechtsstreit hatte der Fernsehmoderator Günther Jauch den Berliner Verlag Super Illu auf 100.000 Euro Schadenersatz verklagt. Der Verlag hatte in einer Rätselbeilage der Zeitschrift „Super Illu" im Juni 2005 ein Bild von Jauch auf der Titelseite ohne dessen Erlaubnis abgedruckt. Das Bild hatte die Unterschrift: „Günther Jauch zeigt mit ‚Wer wird Millionär?' wie spannend Quiz sein kann". Der Verlag hatte sich darauf berufen, dass der TV-Moderator eine Person der Zeitgeschichte sei. Die Bildunterschrift sei als Berichterstattung zu werten, so dass der Abdruck ohne Erlaubnis Jauchs erfolgen durfte.